VI.

Planmäßige Änderungen von Industriepreisen

§24

(1) Die vom Ministerrat beschlossenen planmäßigen Änderungen der Industriepreise sind so vorzubereiten, daß die neuen Industriepreise in die Ausarbeitung des jeweiligen Volkswirtschaftsplanes eingearbeitet werden.

(2) Zur Ermittlung der neuen Industriepreise ist grundsätzlich von den Selbstkosten, den produktiven Fonds, dem Importaufwand und den zu produzierenden bzw. zu importierenden Mengen auszugehen. Für die Ermittlung der Selbstkosten, produktiven Fonds und zur Zurechnung des kalkulatorischen Gewinnzuschlages auf die Erzeugnisse gelten die Festlegungen der Anlagen 4 bis 6 zu dieser Anordnung. Dabei ist zu gewährleisten, daß den neuen Industriepreisen der Aufwand zugrunde gelegt wird, der dem real erreichbaren Leistungsvermögen im Industriezweig bzw. in der Erzeugnisgruppe als Ausdruck des gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwandes (kalkulationsfähige Selbstkosten plus kalkulatorischer Gewinnzuschlag) entspricht

(3) Innerhalb der Erzeugnisgruppen und zwischen den Erzeugnisgruppen sind ökonomisch begründete Relationen der Industriepreise herzustellen. Die neuen Industriepreise können abweichend vom gesellschaftlich notwendigen Aufwand festgelegt werden, wenn dies zur Durchführung wirtschaftspolitischer Zielstellungen notwendig ist.

(4) Für die Ausarbeitung der neuen Industriepreise gelten im einzelnen die Festlegungen der Anordnung vom 20. November 1974 über die Ordnung der Planung der Volkswirtschaft der DDR 1976 bis 1980 — Planungsordnung —, Teil 1, Abschnitt 13 „Planung der Preise“ — (Sonderdruck Nr. 775 a des Gesetzblattes).

VII.

Industriepreisbildung bei Produktionsverlagerungen, für Funktions- und Fertigungsmuster und für Erzeugnisse der Versuchsproduktion

§25

(1) Wird die Produktion von Erzeugnissen einschließlich Baugruppen und Einzelteilen durch Spezialisierung, Kooperation oder die Einrichtung einer zentralen Fertigung in andere Betriebe verlagert, gelten für die Industriepreisbildung folgende Prinzipien:

- Bei Produktionsverlagerungen gilt der Grundsatz, daß für gleiche Erzeugnisse die gleichen Preise beibehalten werden.
- Bestehen für Baugruppen, Einzelteile oder Leistungen keine Industriepreise, so ist der zu bildende Industriepreis auf der Grundlage des bisherigen Aufwandes so festzulegen, daß sich aus der Produktionsverlagerung sowohl für den Hersteller als auch für den Abnehmer Vorteile ergeben.
- Führt die Produktionsverlagerung zu einer Erhöhung des Aufwandes für die Herstellung des Erzeugnisses, so ist dies bei der Entscheidung über die Produktionsverlagerung zu berücksichtigen. Ergibt sich auch unter Berücksichtigung des höheren Aufwandes aus der Produktionsverlagerung ein volkswirtschaftlicher Nutzen, so kann der erhöhte Aufwand im Industriepreis anerkannt werden. Die Entscheidung hierüber haben die Industrieminister in Übereinstimmung mit dem Leiter des Amtes für Preise im Zusammenhang mit der Produktionsverlagerung zu treffen.

(2) Soweit Funktionsmuster oder Fertigungsmuster von Produktionsmitteln zum Verkauf kommen und dafür keine In-

dustriepreise bestehen, sind die Industriepreise als Vereinbarungspreise zu bilden; dabei darf die Preisvorgabe für das zu entwickelnde Erzeugnis nicht überschritten werden. Diese Festlegungen gelten bei Produktionsmitteln grundsätzlich auch für Erzeugnisse der Versuchs- und Testproduktion sowie der Nullserie. Die Preiskordinierungsorgane der Industrie können jedoch, wenn ihnen dies mit Rücksicht auf ein hohes Wert- bzw. Mengenvolumen oder aus anderen Gründen erforderlich erscheint, für diese Erzeugnisse einen Preisantrag fordern.

VIII.

Verpflichtung zur Aufstellung von Nachkalkulationen und zur Auskunftserteilung über die den Industriepreisen zugrunde liegenden Kalkulationsansätze

§26

Nachkalkulation

(1) Die Betriebe haben die Nachkalkulation der Industriepreise mindestens jährlich einmal für ihre wichtigsten Erzeugnisse durchzuführen. Für die Festlegung dieser Erzeugnisse gelten die Richtlinien gemäß § 119 der Anordnung vom 20. Juni 1975 über Rechnungsführung und Statistik in den Betrieben und Kombinat (Sonderdruck Nr. 800 des Gesetzblattes). Mit den Nachkalkulationen sind mindestens 50% des Volumens der industriellen Warenproduktion (gegebenenfalls auch der nichtindustriellen Warenproduktion) zu Betriebspreisen zu erfassen. Soweit die Nachkalkulation im vorstehenden Umfang infolge der Vielzahl der hergestellten Erzeugnisarten nur mit hohem Verwaltungsaufwand durchführbar ist, können in den speziellen Kalkulationsrichtlinien besondere Festlegungen getroffen werden, z. B. über die Nachkalkulation repräsentativer Erzeugnisse und Erzeugnisgruppen sowie die Anerkennung der Kostenträgerrechnung als Nachkalkulation im Sinne dieser Bestimmung.

(2) Die Betriebe haben entsprechend den Festlegungen in den speziellen Kalkulationsrichtlinien dem Preiskordinierungsorgan der Industrie Nachkalkulationen zusammen mit dem Preisantrag oder periodisch in bestimmten Zeitabständen vorzulegen.

(3) Die Betriebe haben auch zur Kontrolle, zur Analyse und zur Vorbereitung planmäßiger Veränderungen der Industriepreise auf Anforderung der zuständigen Organe (einschließlich der staatlichen Preiskontrollorgane) Nachkalkulationen aufzustellen.

(4) Die Nachkalkulation gemäß den Absätzen 1 bis 3 hat auf der Grundlage des für die Kosten- und Industriepreiskalkulation geltenden Kalkulationsschemas zu erfolgen. Dabei ist zu gewährleisten, daß ein Vergleich zwischen den der Kosten- und Industriepreiskalkulation zugrunde liegenden Kalkulationsansätzen einschließlich des kalkulatorischen Gewinnzuschlages einerseits sowie den effektiv entstandenen Kosten und dem effektiv entstandenen Gewinn andererseits vorgenommen werden kann.

(5) In den Nachkalkulationen gemäß den Absätzen 1 bis 3 sind grundsätzlich die Gesamtselbstkosten des Erzeugnisses auf Basis der in Rechnungsführung und Statistik ausgewiesenen Ist-Selbstkosten — soweit sie der Art nach kalkulationsfähig sind — nachzuweisen. Die Nachkalkulation mit normativen Selbstkosten und den Abweichungen hiervon ist zulässig. Die ihrer Art nach nicht kalkulationsfähigen Kosten sind abzusetzen, wobei zur Vereinfachung gemäß Abs. 6 verfahren werden kann. In den speziellen Kalkulationsrichtlinien kann festgelegt werden, daß die Nachkalkulation auf Basis der Ist-Selbstkosten (bzw. der normativen Selbstkosten und der Abweichungen hiervon) nur bis zu den direkten technologischen Kosten aufzustellen ist und für die übrigen Kosten die Plangemeinkosten oder die bei der Preisbildung angewandten Zuschlagssätze für indirekte technologische Kosten und Gemeinkosten und für die sonstigen Kostenkomplexe zum Ansatz kommen. Die Nachkalkulation kann, wenn dies den spezifi-